

gen, welche Fächer bis zum Abitur durchgezogen werden sollen, und nicht abgewählt werden können, um eben die Studierfähigkeit anzugleichen. Ähnliches gilt für das berufsbildende System hinsichtlich der Berufsreife. Da kann man, glaube ich, eine Menge angleichen, wodurch die Durchlässigkeit in Deutschland verbessert würde.

Aber die eierlegende Wollmilchsau gibt es auch in der Bildung nicht. Alle, selbst konservative Bildungsexperten, reden davon, dass den Schulen mehr Wahlfreiheiten gegeben werden sollen. Davon halte ich auch eine Menge, denn Kinder sind unterschiedlich und Klassen sind unterschiedlich zusammengesetzt. Wenn die einzelnen Schulen aber Wahlfreiheit ha-

ben, kann man schwerlich verlangen, dass zwischen Schleswig-Holstein und Saarland alles gleich sein soll. Das ist eine Illusion. Innerhalb einer Stadt etwa lernen die Schüler verschiedener Schulen zum Teil mit anderen Büchern. Wenn wir so etwas vermeiden wollen, müssten wir vorschreiben, welche Bücher die Kollegien aussuchen sollen. Aus pädagogischen Gründen wollen wir aber gerade, dass die auch ihre Lernphilosophie umsetzen und den Unterricht individuell gestalten können. Ich plädiere also für ein bisschen Mut zur Unterschiedlichkeit, verbunden mit einer Einigung auf bestimmte Parameter, die erreicht werden müssen, um die Bildungsabschlüsse vergleichbar zu machen.

Reineke Schmoll-Eisenwerth

Von Duodez- und anderen (Bildungs-)Fürstentümern

Eine Föderalismuskritik

Wenn sich die Alliierten nach 1945 für eine noch kleinteiligere Lösung entschieden hätten, gäbe es nicht nur Bundesländer wie Württemberg-Hohenzollern, das Herzogtum Lauenburg oder die Grafschaft Berg, es gäbe in jedem dieser Länder auch ein eigenes Bildungssystem! Und, gemessen an den heutigen Gegebenheiten, fiele dies gar nicht mehr auf.

Der Journalist Heribert Prantl bezeichnete einmal die Auswüchse des Bildungs-föderalismus in Deutschland als »Sadismus« (*sueddeutsche.de* vom 22. Oktober 2008); und dabei weist er nachdrücklich auf die »praktizierte Bürgerferne« hin, die es beispielsweise einem Lehrer aus dem Bundesland x fast unmöglich macht, in einem beliebigen Bundesland y zu unterrichten, weil ihm ein Seminarschein fehlt. In der Tat scheint es leichter zu sein, einen Termin für eine Privataudienz im Vatikan

zu erhaschen, als der von vielen Seiten geforderten Mobilität im Bildungsbereich nachzukommen.

Ein halber Blick zurück. Als die sozialdemokratisch regierten Bundesländer begannen, über Gesamtschulen und Gesamthochschulen nachzudenken, galt dies als ein Auswuchs von Sozialismus, gegen den zu kämpfen sich besonders die beiden großen süddeutschen Bundesländer vorgenommen hatten. Die dort tonangebenden und sich christlich nennenden Parteien wollten auf jeden Fall eine Durchlässigkeit *jeglicher* Art verhindern, sowohl innerhalb der Gesellschafts- und Bildungsschichten, als auch über die Grenzen der »roten« und »schwarzen« Länder hinweg.

Die Folgen sind bekannt: Im deutschen Bildungswesen, besonders im Bereich der schulischen, aber auch der Hochschul-Ausbildung, herrscht eine Art Verspießerung.

Jedes Bundesland zäunt sich ein, so gut es geht. Das Treiben von Kindern im Sandkasten, wo es bisweilen um *mein* Eimerchen und *dein* Schippchen geht, erscheint vor diesem Hintergrund vergleichsweise seriös wie ein UN-Planspiel.

Alle reden von Globalisierung, Internationalisierung und Europäisierung, von mehr Durchlässigkeit und Mobilität; doch die Wirklichkeit erstickt die meisten Versuche, diesen Ansprüchen gerecht zu werden, bereits im Kern. Und dabei geht es nur vordergründig um Haushaltsbelange, also um die Frage nach der Finanzierbarkeit von Durchlässigkeit. Es geht um das krampfhafteste Festhalten und die Verteidigung längst veralteter Strukturen. Das 19. Jahrhundert lässt grüßen!

Die Folgen haben alle auszubaden: Schulen und Eltern, Hochschulen und Studierende, Bund und Länder. Und noch etwas: Diejenigen (teilweise auch selbsternannten) Bildungspolitiker, deren Parteien sich damals so vehement gegen eine Öffnung und Vereinheitlichung gewandt haben, müssen nun erleben, dass sie die einmal verschlossene Tür nicht mehr (oder nur mit größter Mühe) wieder öffnen können. Das führt dann dazu, dass der Bund den Ländern manche Zugeständnisse abkaufen muss, damit wenigstens ein kleiner Teil der selbst gesteckten Ziele umgesetzt werden kann.

Es muss die Frage gestellt werden, warum sich eine so wichtige Wirtschaftsnation einen solchen Wahnsinn erlaubt. Und es kann spekuliert werden, wie lange sich die wahlmündige Bevölkerung diese Sandkastenspiele noch anschaut. Fast jeder Regierungswechsel in einem der Bundesländer bringt für alle, die mit schulischer oder

akademischer Ausbildung zu tun haben, Unruhe und Unwägbarkeiten; und dies kann den Ausbildungszielen nicht förderlich sein.

Historisch gesehen ist es nachvollziehbar, dass anstelle eines zentralistischen Systems ein dezentrales, föderalistisches institutionalisiert wurde; und wahrscheinlich war dies auch der einzig richtige Weg, um der neuen staatlichen Ordnung die notwendige Akzeptanz zu verschaffen. Aber die Zeiten haben sich geändert. *Öffnung in alle Richtungen*
Wir leben in Europa und das Geld wird knapp. Bildung und Ausbildung gelten als wesentliche Standbeine in Deutschland; diesem Anspruch kann man aber nur dann gerecht werden, wenn eine Öffnung stattfindet. Und diese Öffnung muss in alle Richtungen erfolgen, auf nationaler wie auch europäischer Ebene. Die Umsetzung des Bologna-Prozesses wird sonst im Sande verlaufen, oder, drastisch ausgedrückt, sich in den kleinstaatlichen Strukturen à la 19. Jahrhundert eine blutige Nase holen.

Es ist noch nicht so lange her, da leistete sich jedes Bundesland (also auch jeder Stadtstaat!) eine eigene Landeszentralbank – und dies wäre unter anderen Voraussetzungen auch im Herzogtum Lauenburg oder der Grafschaft Berg so gewesen. Die ökonomischen Zwänge konnten allerdings die politische Einsicht bewirken, die nötige Abspeckung vorzunehmen. Warum sollte diese Erkenntnis nicht auch im Bildungsbereich möglich sein? Föderalistische Strukturen können also verändert werden. Man muss es nur wollen. Und dies wäre dann ein großer Schritt in Richtung »praktizierter Bürgernähe«.



Reineke Schmoll-Eisenwerth

(* 1946) ist Diplom-Pädagoge und war von 1979-2011 Mitarbeiter der FES, dort seit 1982 Referent in der Abteilung Studienförderung.

af17rse@t-online.de